

007 K 023/23



AMTSGERICHT WITTEN

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am

**Mittwoch, 14.05.2025, 10:00 Uhr,
im Amtsgericht Witten, Bergerstraße 14, Saal 159**

die im Grundbuch von Witten Blatt 590 eingetragenen Grundstücke

Grundbuchbezeichnung:

1. Gemarkung Witten, Flur 45, Flurstück 442, Gebäude- und Freifläche, Bahnhofstr. 73, Größe: 5 a 61 qm
2. Gemarkung Witten, Flur 45, Flurstück 38, Gebäude- und Freifläche, Bahnhofstr. 73, Größe: 5 qm
3. Gemarkung Witten, Flur 45, Flurstück 462, Gebäude- und Freifläche, Bahnhofstr. 73, Größe: 53 qm
4. Gemarkung Witten, Flur 45, Flurstück 463, Gebäude- und Freifläche, Bahnhofstr. 73, Größe: 1 a 02 qm

versteigert werden.

Es handelt sich um 4 selbständige Grundstücke, die jedoch mit einer Gesamtgröße von 721 qm eine wirtschaftliche Einheit bilden.

Das aufstehende Gebäude (freistehend, viergeschossig, mit Unterkellerung) wurde im Ursprung vor 1886 errichtet und 2009/2010 umfassend umgebaut und um einen zweigeschossigen Anbau erweitert.

Die Gesamtnutzfläche beträgt ca. 1.383 qm. Zuletzt befand sich in dem Gebäude ein Gesundheitszentrum.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 24.11.2023 bzw. 07.12.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf

- a) 1.654.000,00 € für das Flurstück 442
- b) 1.000,00 € für das Flurstück 38
- c) 15.000,00 € für das Flurstück 462
- d) 30.000,00 € für das Flurstück 463
- e) 1.700.000,00 € insgesamt

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Witten, 07.02.2025